

Die aargauischen Gemeinderatswahlen im Jahre 1941

Autor(en): **Schmid, Arthur**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **21 (1941-1942)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-334270>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

So wird der 25. Januar 1942 zu einem Markstein der neuern Schweizer-geschichte im Ringen um die Fortentwicklung unserer Demokratie mit dem Ziel, an die Stelle von Willkür die Gerechtigkeit zu setzen.

Die aargauischen Gemeinderatswahlen im Jahre 1941

Von Dr. A r t h u r S c h m i d

Alle politischen Geschehnisse dieser Monate und Jahre stehen mehr oder weniger unter dem Einfluß der Weltsituation. Die außenpolitische Gefahr für ein kleines Land spielt — ob man es wahrhaben will oder nicht — eine Rolle. Die Tatsache, daß ein kleines Volk nach außen mit der *größten Geschlossenheit* auftreten muß, ist entscheidend. Diese Tatsache wirkt sich auch bei den Wahlen aus. Es werden aus diesem Grunde oft Wahlkämpfe vermieden.

Auch bei den aargauischen Gemeinderatswahlen fanden an vielen Orten Abmachungen zwischen den wichtigsten Parteien über die Besetzung des Gemeinderates statt; es wurden gemeinsame Listen aufgestellt und gemeinsame Aufrufe herausgegeben. Aber selbstverständlich war das nicht überall der Fall. Dort, wo man die berechtigten Ansprüche der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nicht anerkannte oder sogar auf Kosten ihres bisherigen Besitzstandes für andere Parteien Mandate gewinnen wollte, kam es zu Wahlkämpfen. So beispielsweise in Reinach und Rheinfelden. Dort, wo der Verständigungswille auch bürgerlicherseits vorhanden war, hat man der sozialdemokratischen Arbeiterschaft freiwillig ihr zukommende Sitze eingeräumt. So in Aarau und Buchs. In einzelnen Orten kam es wegen der Person der Kandidaten zu Wahlkämpfen.

Die Vorbereitungen für die Gemeinderatswahlen innerhalb der Parteien und im Volke draußen begannen anfangs Oktober. Die Wahlen selbst fanden ja, mit einer Ausnahme, erst im November statt.

In diesem ersten Stadium des Wahlkampfes ereignete sich in der Gemeinde Niederlenz etwas, das symptomatisch für die heutige Zeit ist. Es gibt Leute, die über Geld verfügen und die viel für Reklame bezahlen können. Sie glauben sogar, man könnte auf dem Weg der Anonymität Wahlen machen. Das sind Leute, die sich im offenen Wahlkampf keinen Erfolg versprechen; Leute, die über die Parteien schimpfen und die Politik nicht hoch einschätzen. Aber bei Wahlen wollen sie Posten gewinnen, um nachher einen entscheidenden Einfluß in der Politik ausüben zu können. So wurde denn in Niederlenz ein anonymes Zirkular durch die Post in sämtliche Haushaltungen verteilt. Es war unterzeichnet mit «Strahl und Bürste» und hatte folgenden Wortlaut:

«Erster offener Brief an die Stimmberechtigten von Niederlenz.

Mitbürger! Die Erneuerungswahlen der Gemeinderäte unseres Kantons müssen laut Beschluß des h. Regierungsrates im November durchgeführt werden.

Wir sind stolz auf die Volkswahl der Behörden. Neben diesem heiligen Recht

fühlt ein jeder unter uns die Pflicht, die Behörden im Interesse der Gemeinde und der Einwohner nach bestem Wissen und Gewissen zu wählen. Nur so erweisen wir uns eines in Europa selten gewordenen Volksrechtes würdig.

Untersuchen wir aber aufrichtig, ob wirklich alle Bürger bei den Wahlvorbereitungen für die Besetzung der Gemeindeämter, Bekanntgabe von Vorschlägen zum Wohl der Gemeinde usw. mitwirken, dann sehen wir leider, daß nur ein kleiner Prozentsatz dieses Recht benützt oder benützen kann.

Unsere Gemeinde zählt gegenwärtig über 500 Stimmfähige. Die Wahlvorbereitungen werden jeweils durch die Vorstände der drei politischen Parteien getroffen. An den Wahlversammlungen der Parteien nehmen in der Regel insgesamt 100 bis 120 Leute teil, also ein Fünftel bis ein Viertel aller Stimmfähigen! Selbst wenn man die sich gelegentlich bildenden privaten Gruppen berücksichtigt, ergibt sich, daß von 500 stimmfähigen Bürgern höchstens 200 aktiv an der Wahlvorbereitung teilnehmen. Wir wissen nur zu gut, daß die verbleibenden 300 Mitbürger nicht aus Interesselosigkeit beiseite stehen. Vielen sagt das jetzige System nicht zu; ändern ist die Mitarbeit aus irgendeinem Grunde versagt.

Eine gründliche Wahlvorbereitung und die Mitarbeit aller war aber nie so notwendig wie gerade jetzt. Deshalb hat sich eine kleine Gruppe von Bürgern gebildet, um die Meinungen und Wünsche zu sammeln und sie den Stimmfähigen zur Kenntnis zu bringen. Diese Gruppe nennt sich ‚Strahl und Bürste‘. Sie setzt sich aus Leuten zusammen, denen das Gesamtinteresse der Gemeinde am Herzen liegt.

Die Sammlung der Erfahrungen und Wünsche ist folgendermaßen gedacht:
1. Mit diesem Brief erhalten Sie einen Fragebogen. Äußern Sie sich bitte zu möglichst vielen Fragen, machen Sie Vorschläge und schicken Sie Ihre Antwort an *Postfach Nr. 6942, Niederlenz*. 2. Das Aktionskomitee verpflichtet sich, die Antworten sorgfältig zu verarbeiten und bei den Publikationen gewissenhaft zu verwerten. Alle Unterlagen werden bis 14 Tage nach der Wahl aufbewahrt und auf Verlangen dem Bezirksamtmann zur Überprüfung der richtigen Verwertung und Publikation zur Verfügung gestellt. Nachher werden alle Akten vernichtet. 3. Da es sich um eine geheime Abstimmung handelt, können die Antworten *ohne Unterschrift* eingesandt werden.

Welches ist nun das Ziel dieser Aktion?

Die Antworten sollen ein Bild der Meinung möglichst vieler Bürger zur Gemeinderatswahl ergeben. Sie sollen zeigen, welche unserer Gemeindeväter ihr Amt nach der Auffassung der Mehrheit der Mitbürger richtig versehen und was beim einzelnen Ressort als verbesserungsfähig erachtet wird. Zudem werden sie dem Gemeinderat Anregungen geben, in welcher Richtung in Zukunft die Arbeit nach der Überzeugung der Mehrheit gefördert werden soll.

Sie sehen, wir suchen den Willen der Mehrheit zu erforschen und nicht, wie es bis jetzt üblich war, mittels Propaganda eine Mehrheit für die in kleinem Kreise entstehenden Wahlvorschläge zu gewinnen.

Was wir unter Vorschlägen und Anregungen verstehen, mögen einige Beispiele zeigen:

Ein Mitbürger äußerte die Ansicht, jeder Gemeinderat sollte in den Gemeindeversammlungen die Angelegenheiten seines Ressorts selber vortragen und begründen. Er müsse ja über Einzelheiten Bescheid wissen und könnte gleichzeitig den Gemeindeammann entlasten. — Ein anderer würde es gerne sehen, wenn bei den Wahlvorschlägen in erster Linie die Befähigung und weniger die Vereins- oder Parteizugehörigkeit ausschlaggebend wäre und wenn auch ein organisatorisch geschulter Mann im Gemeinderat sitzen würde. — Nach der Auffassung eines Dritten sollte jeder Gemeinderatskandidat vor der Wahl erklären, für welche Angelegenheit er sich während der Amtsdauer besonders bemühen werde und den Wählern über seine Arbeit ein- bis zweimal öffentlich Bericht

erstatten. — Und wieder einer hält es für ungesund, Gemeinderäte für Lebenszeiten an die Sitze zu nageln.

Die Urteile über die Tätigkeit unserer Gemeinderäte stellen eine Art *geheime* Probewahl dar. Die Parteileitungen werden von unserer Publikation sicher gerne profitieren, um ihre Wahlvorschläge den Wünschen der Mehrheit besser anzupassen.

Ihre Antwort erwarten wir spätestens bis zum 13. Oktober. Für die Verarbeitung des Materials rechnen wir fünf Tage und werden den zweiten offenen Brief voraussichtlich gegen den 20. Oktober verschicken. Für Ihre Mitarbeit zum Wohl unserer Gemeinde danken wir zum voraus.

Niederlenz, 9. Oktober 1941.

Mit Bürgergruß!

„Strähl und Bürste.“

So trat also das Postfach Nr. 6942 Niederlenz in den Wahlkampf ein. Die Herren von «Strähl und Bürste» fügten dem Zirkular einen Fragebogen bei, in welchem sie Auskunft über die bisherigen Gemeinderäte und über eventuelle neue Vorschläge forderten. Dabei wurde ausdrücklich vermerkt, daß derjenige, der den Fragebogen beantwortet, keine Unterschrift darauf setzen müsse. Diejenigen, die sich hinter das Postfach versteckten und im Dunkeln bleiben wollten, ermunterten also die übrigen Bürger, ebenfalls anonym über die bisherigen Gemeinderäte zu schreiben. Um möglichst viele Antworten zu erhalten, wurde ein nicht zu frankierender «*Geschäftsantwortbrief*» beigelegt, auf dem ausdrücklich stand: «Das Porto wird vom Empfänger bezahlt».

So versuchten die Herren, die hinter dieser Aktion standen, die Gemeinderatswahlen zu einer anonymen Angelegenheit zu machen. Die Demokratie aber verlangt, daß der einzelne Bürger zu dem steht, was er sagt und schreibt. Die Feigheit sollte zweifellos durch dieses Zirkular und durch dieses Vorgehen in Niederlenz noch besonders prämiert werden.

Da dieses Manöver in Niederlenz gleich zu Beginn der Gemeinderatswahlaktion erschien, hat der «Freie Aargauer» es sofort entsprechend gekennzeichnet, und die Sozialdemokratische Partei Niederlenz hat die Bevölkerung aufgefordert, auf ein solches anonymes Schreiben nicht zu antworten. Sie erteilte ihre Antwort in der Öffentlichkeit. Sie beschloß in einer solchen Situation, wo Bürgerliche zu derartigen Mitteln griffen, kein Wahlabkommen zu schließen und selbständig in den Wahlkampf zu ziehen. In Niederlenz hatte die Sozialdemokratische Partei bisher 2 Mandate inne; 3 Mandate waren von den bürgerlichen Parteien besetzt. Der Wahlkampf, der naturgemäß aus dieser Situation entstand, führte dazu, daß die beiden Sozialdemokraten im ersten Wahlgang gewählt wurden. Die Sozialdemokratische Partei stellte für den weiteren Wahlgang einen dritten Vertreter auf und eröffnete damit den Kampf um die Mehrheit. Dieser Genosse wurde als Gemeinderat und später auch als Gemeindeammann gewählt. Damit erhielt die Sozialdemokratische Partei die Mehrheit im Gemeinderat. Es war die einzig richtige Antwort auf die anonymen Treibereien. Auch hier hieß es: «Wehret den Anfängen!». Bezeichnenderweise hat dann auch niemand in einer andern Gemeinde des Kantons dieses bedenkliche Vorgehen der Herren von «Strähl und Bürste» in Niederlenz nachgeahmt.

Was nun die Durchführung der Gemeinderatswahlen im Kanton anbelangt, so ist darüber kurz folgendes zu berichten:

Die Sozialdemokratische Partei *gewinnt* je ein Mandat in den Gemeinden Aarau, Buchs, Dottikon, Auenstein, Niederlenz, Rothrist, Full, Rekingen und Zurzach, also total 9. Sie *verliert* je ein Mandat in den Gemeinden Muhen, Zufikon, Menziken, Möhlin und Safenwil = total 5.

Die Sozialdemokratische Partei hat bei diesen Wahlen in folgenden Gemeinden die *Mehrheit* im Gemeinderat erhalten: Gränichen, Hirschthal, Küttigen, Turgi, Lauffohr, Windisch, Holziken, Ammerswil, Niederlenz, Staufen und Brittnau. Das sind total 11 Gemeinden mit sozialdemokratischen Mehrheiten.

Es gibt aber weitere Gemeinden, wo die Verhältnisse nicht restlos abgeklärt sind und wo mit der Sozialdemokratischen Partei sympathisierende Gewerkschafter, die formell noch nicht Mitglieder der Partei sind, in den Gemeinderat gewählt wurden. Mit ihnen haben wir in drei weiteren Gemeinden eine Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft.

Die Sozialdemokratische Partei hat das *Gemeindeammannamt* inne in Gränichen, Küttigen, Oberentfelden, Unterentfelden, Baden, Untersiggenthal, Lauffohr, Windisch, Holziken, Menziken, Ammerswil, Niederlenz, Brittnau, Safenwil und Full. Das sind 15 Gemeinden.

In einer großen Zahl von Gemeinden hat die Sozialdemokratische Partei das *Vizeammannamt* inne.

Stark vertreten ist die Sozialdemokratische Partei in den Gemeinderäten der protestantischen Bezirke. So hat sie beispielsweise in sämtlichen Gemeinden des Bezirkes Aarau, mit Ausnahme von Muhen, eine Vertretung. In Muhen verlor die Sozialdemokratische Partei ihr bisheriges Mandat nur deshalb, weil der bisherige Vertreter, der für die Sozialdemokratische Partei sowieso nicht viel leistete, nicht wieder aufgestellt wurde und sich dann von den Bürgerlichen wählen ließ. In den katholischen Bezirken ist die Sozialdemokratische Partei in den Gemeinderäten weniger stark vertreten. So besitzt sie in keiner einzigen Gemeinde des Bezirkes Muri eine Vertretung. Im Bezirk Laufenburg hat sie einzig in Laufenburg 2 von 5 Gemeinderatssitzen inne. Dagegen ist die Sozialdemokratische Partei in den Gemeinderäten der Bezirke Baden und Zurzach, trotzdem sie eine vorwiegend katholische Bevölkerung aufweisen, verhältnismäßig gut vertreten.

Die aargauischen Gemeinderatswahlen des Jahres 1941 haben gezeigt, daß unsere Partei an den meisten Orten Ansehen genießt und Einfluß hat. Die Partei hat nicht nur Gemeinderatssitze gewonnen, sondern auch ihre Vertretung in den Ämtern eines Gemeindeammanns und Vizeammanns verstärkt.

So war der Abschluß des Wahljahres, in dem auch die Regierungswahlen, die Großratswahlen und die Bezirkswahlen durchgeführt wurden, ein guter. Es hängt einzig von der Arbeit der einsichtigen Genossen ab, daß die Position, die wir in diesem Jahre gewonnen haben, ausgebaut werde.